



**II-8909 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

DER PRÄSIDENT DES RECHNUNGSHOFES

WIEN, AM24. Feber 1993

1033 WIEN, DAMPFSCIFFSTRASSE 2
TELEFON 711 71/DW. 8456
TELEFAX 712 94 25
(714 48 71)

ZI 204-Pr/6/93

4009 IAB

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz Fischer

1993 -03- 01

zu 4112 IJ

Parlament
1017 Wien

Die unter ZI 41 12/J-NR/1993 gestellte Anfrage der Abgeordneten Dr Kräuter und Genossen betreffend Rechnungshof-Rohberichte in der Angelegenheit Pyhrn-AG beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu 1)

Nach den Meldungen in den Printmedien (Neues Volksblatt vom 24. und 28. Dezember 1992; Oberösterreichische Nachrichten vom 24. Dezember 1992; siehe Anlagen) wurde das Prüfungsergebnis von Landesrat Dr Josef Pühringer am 23. Dezember 1992 veröffentlicht.

Zu 2)

Es ist daher auszuschließen, daß die Veröffentlichung auf Indiskretionen im Rechnungshof zurückgeht.

Zu 3)

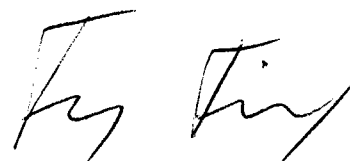
Im Interesse eines ungestörten Prüfungsablaufes trifft der Rechnungshof im eigenen Bereich alle geeigneten Sicherheitsvorkehrungen, um zu verhindern, daß Prüfungsergebnisse vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangen. Der Rechnungshof ist selbstverständlich

RECHNUNGSHOF, ZI 204-Pr/6/93

- 2 -

bemüht, allen Parlamentariern entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen seine Berichte, in denen dann auch die Stellungnahmen der überprüften Stellen zu den Prüfungsergebnissen mitberücksichtigt sind, gleichzeitig vorzulegen. Allerdings liegt die unter 1) angeführte Handlungsweise außerhalb der Möglichkeiten des Rechnungshofes.

Anlagen

A handwritten signature in black ink, consisting of two distinct parts that appear to be initials or a stylized name, possibly 'Fy King'.

werden. Darauf machte gestern Landeshauptmann Josef Ratzeneböck aufmerksam. Konkret gewährt das Land für eine einfache Wegstrecke von

ling. Ab 1. Jänner 1993 kann dann bereits wieder um die neue Fernpendlerbeihilfe für das Jahr 1992 angesucht werden.

en für die Patienten billiger als in den Praxen der niedergelassenen Ärzte. Die Kostenunterschiede ergeben sich laut Ärztekammer

nichts, bei den Gesundheitsstellen des Landes 170 und beim niedergelassenen Arzt 328 Schilling für den Impfstoff zahlen. Das sei ungerecht.

Neues Volksblatt 24. Dez. 1992

Rechnungshofbericht zu „Pyhrn“⁶⁶ liegt vor: Massive Kritik an PAG

LINZ (Volksblatt, he) - Gestern veröffentlichte Oberösterreichs Bau-Landesrat Josef Pühringer den langerwarteten und vom Rechnungshof am Montag ausgeschickten Rohbericht über die Gebarung der Pyhrnautobahn AG (PAG) - und machte damit zumindest dem Grün-Abg. Rudi Anschöber ein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk. Der jubelte gleich über den „bislang niederschmetterndsten Bericht in der Geschichte des Rechnungshofs“ und fühlt sich in seiner bisherigen Kritik am Bau der Pyhrnautobahn „vollinhaltlich bestätigt“. Pühringer hingegen verwies darauf, daß

dieser Bericht erst ein Rohbericht sei und seine Beamten, die die Bauaufsicht innehatten, in den nächsten drei Monaten dazu Stellung nehmen würden. Der Rohbericht enthält jedenfalls auf insgesamt 431 Seiten geharnischte Kritik an der PAG: So wurde nach Ansicht des Rechnungshofs sowohl bei den oö. Baulosen als auch auf der Schoberstrecke „eine in Abrechnungsfragen großzügige und firmenfreundliche Haltung“ an den Tag gelegt, die allein bei den oö. Baulosen „ungerechtfertigte Mehrkosten von 37 Millionen Schilling“ gebracht hätten, dazu kämen noch 26 Millionen S für eine

„unwirtschaftliche Granitverkleidung des Fußes der Betonleitwand“. Generell seien Kostenüberschreitungen zwischen 14 und 55 Prozent der Auftragssummen zum Teil durch mangelhafte Projektausarbeitung, aber auch durch „Großzügigkeit“ gegenüber den Baufirmen bei deren Nachtragsforderungen zustande gekommen. Millionenschäden seien weiters unter anderem durch die „ungerechte Bevorzugung“ bestimmter Produkte entstanden, so der Rechnungshof. Wobei die Prüfer auch das „Verschwinden“ wichtiger Unterlagen beanstandeten.

Ein Gesetz

glückt

NR-Abgeordneter
Hermann Kr.
Landessekretär

Der Jahreswechsel bringt auch wieder ein Fülle von Neuerungen mit sich: 1993 treten einige umfangreiche Maßnahmenpakete in Kraft, denen teilweise monatelange Auseinandersetzungen vorangegangen sind. Gleichzeitig gibt es eine Reihe von Änderungen, die im neuen Jahr fixiert werden sollen. Das VOLKSBLATT bringt in einer Serie eine Übersicht über bereits feststehende und geplante Neuerungen:

Ausländerbeschäftigung

Die Bundeshöchstzahl zur Ausländerbeschäftigung wird für 1993 mit 324.000 festgesetzt.

Die Landeshöchstzahlen betragen: Burgenland 3700, Kärnten 8300, Niederösterreich 33.000, Oberösterreich 34.000, Salzburg 18.400, Steiermark

Das bringt das Jahr 1993 an Neu

13.800, Tirol 20.700, Vorarlberg 17.000, Wien 97.000.

Die Differenz zwischen der Summe der Landeshöchstzahlen und der Bundeshöchstzahl (nach Abzug der ausländischen Arbeitslosen) ist die Bundesreserve, aus der auf wirtschaftliche und humanitäre Bedürfnisse reagiert werden kann. Der Sozialminister kann die Landeskontingente auch während des Jahres verändern.

EWR: Bei Inkrafttreten des Europäischen Wirtschaftsraumes wird die Bundeshöchstzahl zur Ausländerbeschäftigung abgesenkt, EWR-Bürger werden den Inländern gleichgestellt.

Meldepflicht: Weiters wird im Ausländerbeschäftigungsgesetz die Meldepflicht für ausländische Arbeitnehmer verlängert, innerhalb von drei Tagen muß der Beschäftigungsbeginn dem Arbeitsamt gemeldet werden.

Behindertenpolitik

Pflegegeld: Nach mehrjähriger Vorbereitung soll das Pflegegeldgesetz am 19. Jänner 1993 durch den Nationalrat verabschiedet werden und am 1. Juli 1993 in Kraft treten. Den Betroffenen wird Pflegegeld in sieben Stufen, je nach dem tatsächlichen Betreuungs- und Hilfsbedarf, gewährt. Stufe 1: 2500 S, Stufe 2: 3500 S, Stufe 3: 5400 S, Stufe 4: 8400 S, Stufe 5: 11.000 S, Stufe 6: 15.000 S, Stufe 7: 20.000 S.

Zuständig für die Leistung des Pflegegeldes werden jene Organisationen sein, die auch über die Renten, Pensionen, Ruhe- oder Versorgungsgenüsse entscheiden. (z. B. Sozialversicherungsträger, Bundesrechenamt etc.). Bezieher von Hilflosenzuschüssen erhalten ab 1. Juli anstelle der bisherigen Leistungen von Amts we-

gen und ohne neuerliche Untersuchung Pflegegeld der Stufe 2. Die Leistung eines höheren Pflegegeldes muß beantragt werden.

Für die Finanzierung der Pflegevorsorge werden zusätzliche finanzielle Mittel benötigt, es wird daher ab 1. Juli 1993 zu einer Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge kommen. Insgesamt werden die Beiträge bei Arbeitern und Angestellten um 0,8 Prozent steigen, d. h. um 0,4 Prozent für Arbeitnehmer und -geber. Bei den Pensionisten werden die Krankenversicherungsbeiträge um 0,5 Prozent angehoben.

Soziales

Pensionen: Die Renten und Pensionen nach dem ASVG (und dessen Parallelgesetzen für Bauern und Gewerbetreibende) steigen ab 1. Jänner 1993 um vier Prozent, ebenso

Der Bau der „Pyhrn“ im Visier des Rechnungshofs

Mit der spektakulären Entscheidung, den an sich streng vertraulichen Rohbericht des Rechnungshofs zum Bau der Pyhrn-Autobahn zu veröffentlichen, hat Oberösterreichs Bau-Landesrat Josef Pühringer – „Ich möchte mir nicht den Vorwurf der Geheimniskrämerei machen lassen“, so seine Begründung – die wilden Spekulationen rund um die „Pyhrn“ vorläufig einmal beendet. Wobei der Rechnungshof (RH) beim Prüfen der Gebarung der Pyhrn-Autobahn-AG (PAG) in den Jahren 1986 bis 1991 in der Tat zu niederschmetternden Ergebnissen kam: „Die PAG hat in weiten Bereichen die Grundsätze der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit außer acht gelassen.“ Hinter diesen eher dünnen Worten verbergen sich Schadenssummen in dreistelliger Millionenhöhe!

Ein Beispiel zur Illustration obiger Feststellung: Bei den Fertigteil-WC-Anlagen für die Parkplätze der Pyhrnautobahn (A9) entschied sich die PAG im steirischen Teil für jenes Modell mit 27 m² Grundfläche, deren Preis schon dem für ein 110-m²-Fertigteil-Einfamilienhaus entspricht. Der m²-Preis von 56.831 S erschien dem RH jedenfalls „unangemessen hoch“, nicht zuletzt auch deshalb, weil etwa die ÖBB im selben Zeitraum bei der Errichtung einer vergleichbaren WC-Anlage durch einen Baumeister auf 15.000 S m²-Kosten kam.

Generell kritisierten die RH-Prüfer ausufernde Kostenüberschreitungen infolge fehlerhafter Projektausarbeitung, mangelhafter Kontrolle und der Verwendung unnötig teurer Baustoffe. Dazu kam noch eine unwahrscheinliche Großzügigkeit gegenüber den Baufirmen, wenn diese Nachtragsforderungen stellten. Im Mittelpunkt der Vorwürfe steht Ex-PAG-Chef Heinz Talarz, gegen den bekanntlich die Justiz ermittelt. In Oberösterreich errichtete die PAG zwischen 1987 und 1990 den rund 16 Kilometer langen ersten Abschnitt der A9 von der Westautobahn bis Kirchdorf. Bei diesen acht Baulosen (Sattledt bis Inzersdorf) explodierten die Kosten buchstäblich: Die ursprünglich festgelegten Errichtungskosten von 560 Mio. S stiegen schon auf 699 Mio. S Auftragssummen, die die Schlußrechnungssummen beliefen sich dann sogar auf 926 Mio. S – die Kostenüberschreitungen erreichten in den einzelnen Baulosen bis zu 55 Prozent. Aus der umfangreichen Mängelliste des RH dazu:

„...Großzügigkeit der PAG und ihrer Bauaufsicht bei der Beurteilung und Genehmigung von Nachtragsforderungen...“; „...Großzügigkeit der Bauaufsicht beim Kon-

glomerataufmaß (Baulose 1–3, 4) als schwerer Fels...“ – dies geisterte als „wunderbare Felsvermehrung“ bereits durch die Medien, immerhin erhöhte sich der schwere Fels allein in den ersten drei Baulosen von 20.000 auf 80.000 m³; zu diesen „ungerechtfertigten Mehrkosten“ von 37 Mio. S gesellten sich noch 25,7 Mio. S „für die durch Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen nicht ausreichend begründbare Entscheidung der PAG zur Verkleidung der Betonleitwände mit Granitleisten“.

Wobei es im steirischen Teil der A9 nicht viel besser aussieht: Hier gibt es allein im Baulos „Wald – Kalwang“ ungerechtfertigte Mehrkosten von 50 Mio. S, unter anderem durch Vergütung nicht erbrachter Leistungen und Doppelvergütungen. Und die Entscheidung, die Autobahnmeisterei Kalwang in den Autobahndamm einzubauen, brachte Kostensteigerungen von 66 Mio. S. Wobei der RH dem Land Steiermark ankreidet, daß es weit weniger Beamte für die Bauaufsicht zur Verfügung gestellt hätte, als das Land von der PAG „rückvergütet“ bekam.

Überflüssige Mehrkosten in Höhe von 134 Mio. S brachte nach Ansicht des RH auch „die Entscheidung für die fast durchgehende Drainasphalt-Fahrbahn der A9...auf Grund unzutreffender Lärminderungserwartungen“.

Und die „Bevorzugung eines bestimmten Bitumenproduktes“ brachte einen weiteren Schaden von 31 Mio. S. Wobei der RH nicht nur beim „Flüsterasphalt“, sondern auch bei anderen Produkten eine ungerechtfertigte Bevorzugung bemängelte. Da fallen „deutlich höhere Straßen-erhaltungskosten“ im Vergleich zur Bundesstraßenverwaltung fast schon nicht mehr ins Gewicht.

Michael Herb

34. Dez. 1992

Die Pyhrn als „schwarzes Loch“ für Steuergelder

Fortsetzung von Seite 1

Eigentlich wurden ja die Straßenbausondergesellschaften zum Steuersparen gegründet. Doch was sich bei der Pyhrnautobahn AG (PAG) unter Ex-Chef Heinz Talirz abgespielt hatte, ist laut Rechnungshof das Gegenteil.

So kritisieren die Prüfer auch für die oberösterreichischen Baulosen auf Seite zwei ihres Rohberichtes Nummer Zl. 0555/017-II25/92 „... eine in Abrechnungsfragen großzügige und firmenfreundliche Haltung bei der Bauabwicklung und Beurteilung von Nachtragsforderungen... dies führt allein in den Baulosen 1-8 in Oberösterreich zu ungerechtfertigten Mehrkosten von rd. 37 Mio. S (Beträge ohne USt) zusätzlich zu rund 26 Mio. S für eine unwirtschaftliche Granitverkleidung...“ Die Baukostenüberschreitungen in Oberösterreich lagen zwischen 14 und 55 Prozent.

Sowohl Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel (VP) als auch Oberösterreichs Baulandesrat Josef Pühringer (VP) waschen ihre Hände in Unschuld. Schüssel hatte schon vor Monaten, bei Durchsickern der ersten Details, Ex-PAG-Chef Talirz den Schwarzen Peter zugeschoben.

Pühringer hat, quasi als Bestätigung für seine weiße Weste, gestern den streng vertraulichen Rohbericht veröffentlicht.

„Ich möchte mir nicht den Vorwurf der Geheimniskrämerei machen lassen und setze mich daher über die gesetzliche Bestimmung der Vertraulichkeit hinweg“, begründet dies Pühringer. Dessen Beamte, die teilweise mit der Bauaufsicht über die beanstandeten Teilstücke beauftragt waren, hatten zugegeben, von der PAG nicht ausreichend informiert worden zu sein.

Üppige Baukostenüberschreitungen ohne ausreichende Kontrolle, Großzügigkeiten gegenüber Mitarbeitern und Gutachtern, verschwenderischer Einsatz teurer Baustoffe, höhere Straßenerhaltungskosten als bei der Bundesstraßenverwaltung und mangelhafte Projektausarbeitungen oder etwa die Anschaffung von Baustellentoiletten, deren Quadratmeterpreis bei „unangemessen hohen“ 56.831 S lag, sind nur einige „Sünden“, die die Prüfer des Rechnungshofs aufzeigen und die sich zu Schäden in dreistelliger Millionenhöhe summieren. Und: „Die PAG hat in weiten Bereichen die Grundsätze der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit außer acht gelassen.“

GAL-Abgeordneter Rudolf Anschöber, einer der „Spürhunde“ des Pyhrn-Skandals, urgiert einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Die Justiz ermittelt seit Monaten.

Caritas legt Politikern Aufruf zu mehr Menschlichkeit unter den Christbaum

WIEN. Das „O du fröhliche“ wird den Politikern wohl im Hals steckenbleiben, wenn sie Helmut Schüller verbalem Weihnachtspackerl lauschen. Der Caritas-Präsident spart nicht mit Kritik an der aktuellen Entwicklung.

Die Politiker schenken, so klagt Schüller, den „Hauptproblemen“, wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Flüchtlingsdrama zuwenig Beachtung. Statt dessen lenken sie das Volk mit Nebensächlichkeiten ab – aus Angst, ihm sagen zu müssen: „daß wir die ganz großen goldenen Jahre hinter uns lassen und uns auf schwierige Zeiten einstellen müssen“. So setze die Koalition lieber auf die Botschaft „Wir werden euch alles ersparen“ und verliere dadurch in den Augen der Menschen die Glaubwürdigkeit.

Der Caritas-Chef rief auch zu einer menschlicheren Ausländer- und Flüchtlingspolitik auf. Die Politik dürfe nicht von der „tagespolitischen Furcht vor den Stimmengewinnen eines Politikers“ dominiert werden.

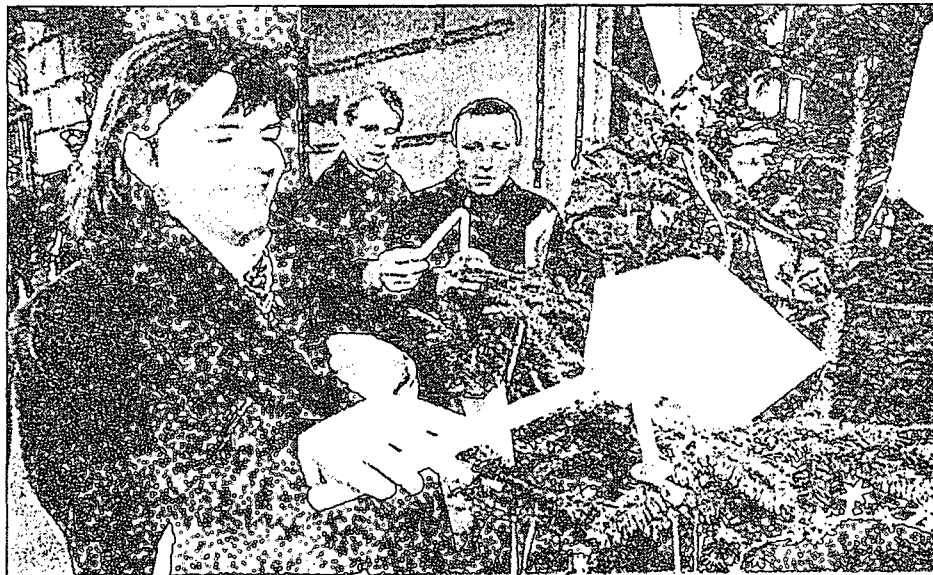
praktisch keine Kriegsflüchtlinge mehr ins Land gelassen. Pilz: Entweder versuche Europa, den Jugoslawien-Konflikt im Rahmen der UNO rasch zu beenden, oder es öffne seine Grenzen für die unschuldigen Opfer des Konflikts. Zuschauen und die Grenzen dichtma-

chen sei „zynisch und menschenverachtend“.

Die Grün-Alternativen überreichten Innenminister Franz Löschnak (SP) übrigens einen Christbaum, an dem 22 Asylanträge baumelten. Sie drücken damit ihren Protest gegen seine restriktive Asylpolitik aus.

Klausberger-Kritik

LINZ. Defizite besonders in der Jugendarbeit ortet die Junge Generation bei SP-Soziallandesrat Gerhard Klausberger. Dieser wies die Kritik als „sachlich ungerechtfertigt“ zurück und will Sozialreferent bleiben. Etwaige Begehrlichkeiten des künftigen Landesrates Ackerl weist Klausberger als nicht aktuell zurück. Änderungen werde es nur im Einvernehmen mit dem künftigen SP-Chef Fritz Hochmair geben.



34. - 37. Dez 1992

Pyhrn AG: Rechnungshof bestätigt Fahrlässigkeit

Wien/Linz - Mit über 300 Millionen Schilling beziffert der erste Rohbericht des Rechnungshofs über die Gebarung der Pyhrn Autobahn AG (PAG) den zwischen 1986 und 1991 entstandenen Schaden.

„Die PAG hat in weiten Bereichen die Grundsätze der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit außer acht gelassen“, heißt es im Bericht.

Als „grob fahrlässige Vorgangsweise der PAG“ bezeichnet der Rechnungshof den „Einsatz von Drainasphalt mit Umgehung der Genehmigungspflicht durch den Aufsichtsrat sowie dessen selektive Information und die Ausschaltung des Wettbewerbs unter den Anbietern“.

Zu den weiteren Kritikpunkten des 431 Seiten starken Prüfberichts zählt die großzügige Behandlung von Nachtragsforderungen, die ungerechtfertigte Bevorzugung bestimmter Baumaterialien oder die unwirtschaftliche Granitverkleidung von Betonleitwänden.

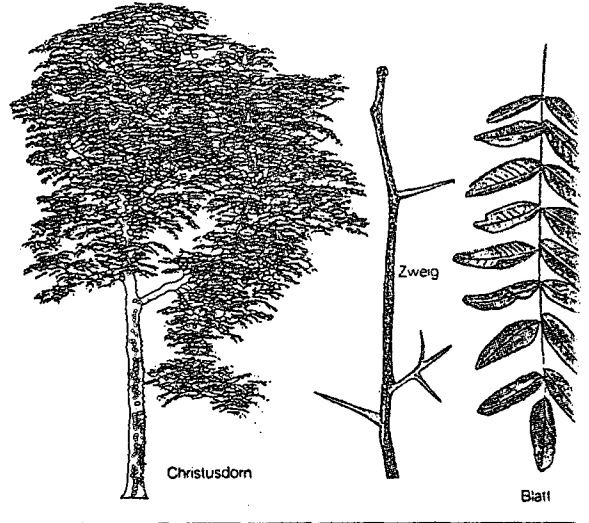
Der Verkehrssprecher der

Grünen, Rudi Anschöber, einer der Aufdecker des „Pyhrn-Skandals“, sieht sich durch den Rechnungshof bestätigt. Er spricht vom „niederschmetterndsten Bericht in der Geschichte des Rechnungshofes“ und vom „größten Bauskandal der zweiten Republik“.

Anschöber kündigte nun den 19. Anlauf der Grünen auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Parlament an.

Der Straßenbaureferent der oberösterreichischen Landesregierung, Josef Pühringer wies die Vorwürfe Anschobers erneut zurück. Er habe den Prüfbericht noch nicht gelesen. (red/APA)

Christusdorn



Mehr Millionen für den Br

Ministerielle Manöverkritik - Burghauptmann Kastner w

Wien - Burghauptmann Richard Kastner wird im kommenden März in Pension gehen. Aus „Altersgründen“ - Kastner ist 63 -, wie Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel am Mittwoch sagte. Mit dem im Oktober fertiggestellten Prüfbericht des Wirtschaftsministeriums, der dem Burghauptmann vorwarf, das Problem der mangelnden Sicherheit ignoriert zu haben, habe dieser Rücktritt nichts zu tun. Zusatz Schüssels: „Ich habe den Bericht nicht gekannt. Der Präsidialchef wird jedoch Konsequenzen veranlassen.“ Deutlicherer Zusatz Erhard Buseks: „Das Beamtendienstrecht gibt keinem Ressortchef übertriebene Möglichkeiten. Ein Rücktritt ist in diesem Sinne eine gute Idee.“

Der Rücktritt Kastners ist nicht die einzige Konsequenz

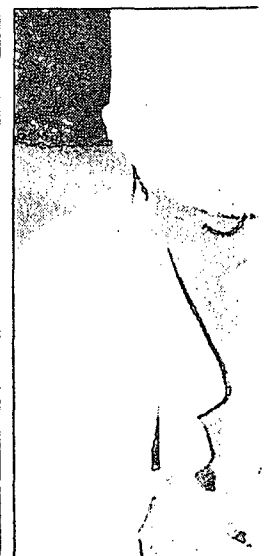
aus dem Hofburgbrand. Die Brandschutzmaßnahmen in Bundesgebäuden, kündigten die Minister in ihrer „Manöverkritik“ an, werden überprüft und ausgebaut werden. Rund 25 Millionen Schilling gab der Bund bisher dafür aus, 1993 wird dieser Betrag verdoppelt. Busek hat einen Erlaß an alle Bibliotheken und Museen ausgeschickt, die Brandschutzeinrichtungen zu überprüfen. Als besonderes „Problemkind“ sehen beide Minister die Albertina. Mit deren Renovierung soll sofort begonnen, die Nachtwache dort soll verstärkt werden. Zusätzlich hat Busek eine Ent-

scheidung getroffen: „Der gustinerkeller soll aus der bertina absiedeln.“ Außer will er ein Parkverbot für se vor der Albertina erreic Zur Gestaltung der zutigen Redoutensäle we bis zum kommenden Früh alle architektonischen

Fünfter Räuber nahm Geisel

Wien - Es war der fünfte Bankraub dieses Advents in Wien, der sich Mittwoch in den frühen Vormittagsstunden in einer Raiffeisen-Bank in der Kärntnerstraße in der City ereignete. Der bewaffnete, mit Schirmmütze und Schal maskierte Räuber nahm eine Kundin als Geisel und zwang sie ein Stück Weges mit ihm zu gehen. Er erbeutete rund 150.000 Schilling, die Bilder aus der Überwachungskamera sind nicht brauchbar. (red)

„Absturz i




Bund saniert, Spenden sind willkommen

Wien - „Die Hofburg wird vom Bund saniert, private Spenden sind jedoch hochwillkommen“, meint Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel. Hochwillkommen waren also etwa die Brandmelder im Wert von einer Million Schilling, die die Firma

NAMEN

Windsor und das Glück

Queen Elizabeth blickt, sagte sie in ihrer Weihnachts-




Einen Schaden von 371 Millionen Schilling nennt der am Mittwoch bekanntgewordene Rechnungshof-Rohbericht über die Gebahrung der Pyhrn Autobahn AG in den Jahren 1986 bis 1991. Auf 431 Seiten zeichnen die staatlichen Prüfer ein umfassendes Bild des Pyhrn-Skandals. Korruption, Schlamperei und System-Mängel haben schnurstracks ins Desaster geführt.

Von 1986 bis 1991 wurden von der Pyhrn Autobahn AG insgesamt mehr als vier Milliarden Schilling verbaut. Fast zehn Prozent davon hätten laut Rech-

quente Materialwahl, zahlreiche spekulative Ansätze im Angebot, Vergütung von nicht erbrachten Leistungen, aufgetretene Doppelvergütungen und die offene Bauweise.

○ Rund 15 Millionen sind strittig, weil bei den Erd-Baulosen der Schoberpaß-Strecke nicht genau definiert wurde, was mit dem Aushub-Material passieren sollte.

○ Eine Kostensteigerung von rund 66 Millionen brachte allein die Entscheidung, die Autobahnmeisterei und Tunnelwarte Kalwang in den Damm der Autobahn zu integrieren.

Prüfer decken riesige Geldverschwendung auf Pyhrn-Autobahn als Millionen-Grab



Bild: Mathis

Im Visier des Rechnungshofes: Pyhrn-Schlüsselfigur Heinz Talirz

○ Die Entscheidung für die fast durchgehende Drainasphalt-Fahrbahn der A9 sei falsch gewesen. Mehrkosten: rund 134 Millionen Schilling.

○ Weiters sei ein bestimmtes Bitumen-Produkt bevorzugt worden – Schaden: rund 31 Millionen Schilling. Das war kein Einzelfall: Auch andere, für die Begrünung verwendete Produkte wurden ungerechtfertigt bevorzugt.

Das alles fand der Rechnungshof heraus, obwohl nach dem Ausscheiden von Generaldirektor Heinz Talirz einzel-

ne für die Beurteilung notwendige Unterlagen nicht auffindbar waren. – Demnach dürfte Talirz belastendes Material vorbeugend aus dem Verkehr gezogen haben ...

Wirtschaftsminister Schüssel sagte, dem Aufsichtsrat hätte „manches auffallen müssen“. Nun gehe es darum, bei den betroffenen Firmen noch „etwas herauszuholen“. Der Wunsch der Grünen nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß (sie wollen demnächst den 19. Antrag stellen) sei „unsinnig“. Es gehe eher um den Verdacht der persönlichen Bereicherung als um Parteienfinanzio-

nungshof eingespart werden können.

Die Haupt-Kritikpunkte: ○ Die großzügige und firmenfreundliche Haltung bei der Bauabwicklung und Beurteilung von Nachtragsforderungen. Der Schaden allein bei den oö. Abschnitten: rund 37 Millionen Schilling.

○ Die unwirtschaftliche Granitverkleidung des Fußes der Betonleitwände kostete 26 Millionen.

○ Beim Bau der Autobahn zwischen Wald und Kalwang (Steiermark) entstanden ungerechtfertigte Mehrkosten von mehr als 50 Millionen Schilling. Einige der Gründe: Widersprü-

Diözesanbischof Weber, Sprecher der Bis

„Die Herzen d verhärten“

Der Sprecher der Bischofskonferenz, Johann Weber, erhofft sich vom Weihnachtsfest vor allem Denkanstöße – für eine andere Ausländer-Politik und mehr Zeit für Kinder, die zunehmend vereinsamen und mehr Zuwendung brauchen würden.

der Familienclans sieht. Wir müssen uns fragen – wie ginge es uns Individualisten in dieser Situation?“.

Weihnachten sei vor allem ein Fest der Kinder, meint der Kirchenmann. „Es geht hier nicht allein um Hilfe in schlimmen Fällen. Es geht um die Freude am Leben und um eine Herzensentscheidung: Das Lebensmittel für Kinder ist Zeit.“

Alle Teile der Gesellschaft, auch die Wirtschaft (familienfreundliche Arbeitsbedingungen, Teilzeit-Arbeit), müssten sich überlegen, „was für die Zukunft wichtig ist. Seelische Investitionen in die Kinder rentieren sich auf lange Zeit, wenn Menschen stabiler, lebensfreudiger, gesünder aufwachsen“. Ein „seelisches Obdach“ sei nicht nur eine Frage des Zeitausmaßes, sondern auch eine der Einstellung.

Weihnachten ist „der konzentrierte Glaube daran, daß jeder Mensch eine untülbare Würde hat“. Der Grazer Diözesanbischof Weber hofft, daß sich „durch die Botschaft des Weihnachtsfestes die zugespitzte Situation“ in der Ausländer-Politik entspannt.

„Die Bevölkerung hat sehr viel an Hilfsbereitschaft und an Herberge gegeben. Man kann aber nie genug tun. Vor allem dürfen die Herzen der Menschen nicht verhärten.“

Zum Ausländer-Volksbegehren der FPÖ sagt Weber, er hoffe, daß das Geburtsfest Christi dazu beiträgt, „ruhiger und wahrhaftiger zu denken“. Zu den Ausländer-Ängsten geselle sich „oft Wehmut, wenn man die lebhaftige Kinderschar

Zölibat bleibt

Zur Diskussion um den Zölibat sagt Weber, die Ehelosigkeit der Priester sei zwar keine Notwendigkeit, aber die derzeitige Regelung, darüber seien sich die Bischöfe einig, solle bleiben. Der Priestermangel, wichtiges Argument für Zölibats-Gegner, sei ein „Krankheitssymptom schwachen Glaubens“. In seiner Diözese habe es vor 100 Jahren auch

zu drei viel schmerzlich allgegenwärtig Freij

ÜBERBLICK

FPÖ-Meischberger will sich nicht freuen

Für FPÖ-Generalsekretär Meischberger ist es „kein Grund zur Freude“, daß die EG-Beitrittsgespräche bereits Anfang 1993 beginnen; es gebe zuviel Fragwürdiges bei der EG und in Österreich. (Anm. d. Red.: Vor nicht allzu langer Zeit hat die FPÖ noch den raschestmöglichen Beginn dieser Verhandlungen verlangt.)

Dohnal lobt die Pensionsreform

„Durch Anrechnung der Kindererziehungszeiten bringt die Pensionsreform wirksame Verbesserung für die Frauen“, betont Frauenministerin Doh-



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Sehr geehrter Herr Chef

Zu den bevorstehenden F. Mitgliedern der Bundesr. zugegangen. Da wir nicht einzeln zu beantworten, Lesern Ihres geschätzten Bundesregierung zum Weil übermitteln.